

Inhaltsverzeichnis

<i>Vorwort</i>	3
<i>Inhaltsverzeichnis</i>	5
<i>Abkürzungsverzeichnis</i>	13
<i>Literaturverzeichnis</i>	19
§ 1 Grundlagen	37
A. Das Kindsvermögen	37
1. Einleitung	37
2. Hauptentstehungsgründe	38
B. Verwaltung von Kindsvermögen durch die Eltern und den Inhaber der elterlichen Sorge	40
1. Verwaltung durch die Eltern.....	40
2. Verwaltung durch die Inhaber der elterlichen Sorge	40
C. Gründe für die Ernennung von Dritten zur Verwaltung von Vermögen von Minderjährigen	42
1. Einleitung	42
2. Die Person des Inhabers der elterlichen Sorge.....	42
3. Die Natur des Vermögens erfordert eine Fremdverwaltung.....	44
4. Das Verhältnis zwischen Testator und Inhaber der elterlichen Sorge ist erheblich gestört	44
5. Mangelnder gesetzlicher Schutz des Vermögens.....	44
6. Steuerliche Gründe	45
7. Die Person des Minderjährigen	45
D. Geschichtlicher Hintergrund	46
1. Kantonales Recht (bis 1912).....	46
2. Das ZGB von 1907	46
3. Revision des ZGB von 1976.....	48
4. Exkurs: Vergleich mit den Rechtsordnungen Deutschlands, Österreichs und Frankreichs	49
E. Praktische Bedeutung	50
§ 2 Der minderjährige Erbe	51
A. Vorbemerkung	51
B. Anwendbarkeit Schweizerischen Rechts	51
C. Minderjährigkeit	52
D. Erbenstellung	53

§ 3 Ausschluss der Eltern von der Verwaltung des Kindsvermögens gemäss Art. 321 Abs. 2 und 322 Abs. 1 ZGB	55
A. Gesetzliche Regelung	55
1. Zulässigkeit des Ausschlusses seit der Revision des Kindsrechts.....	55
2. Wirkungen des Ausschlusses	56
3. Rechtsnatur	58
B. Form des Ausschlusses	58
1. Verfügungsarten.....	58
2. Verfügungsformen des Ausschlusses.....	59
3. Formvorschriften	60
4. Ausdrücklichkeit des Ausschlusses.....	61
C. Inhalt der Verfügung	61
1. Genügende Bestimmtheit	61
2. Zeitliche Verfügungsfreiheit.....	62
3. Inhaltliche Verfügungsfreiheit.....	63
D. Eröffnung und Mitteilung	63
§ 4 Ernennung eines Dritten gemäss Art. 322 Abs. 2 ZGB	65
A. Gesetzliche Regelung	65
B. Terminologie	66
C. Rechtsnatur	66
D. Form der Ernennung	67
E. Inhalt der Verfügung	68
1. Genügende Bestimmtheit	68
2. Zeitliche Verfügungsfreiheit.....	69
3. Inhaltliche Verfügungsfreiheit.....	69
F. Eröffnung und Ausweis	70
G. Annahme des Mandates durch den Dritten	71
1. Form der Annahme	71
2. Annahme und frühester Zeitpunkt für eine Annahme	71
3. Annahmefrist.....	72
4. Erklärung des Verzichts.....	73
5. Definitive Ablehnung des Mandates zu Lebzeiten des Erblassers (vorgängiger Verzicht)	74
6. Konsequenz bei Personenmehrheiten (Board).....	75
a. Grundsatz des Willensprinzips	75
b. Ernennung mittels formfreier einseitiger Willenserklärung	75
c. Ernennung in einer letztwilligen Verfügung	76

d. Massnahmen des Erblassers	78
7. Widerruf der Ernennung	78
H. Tod des überlebenden Ehegatten.....	79
§ 5 Ausschluss und Ernennung in internationalen Verhältnissen	81
A. Vorbemerkungen/Einleitung	81
B. Internationalprivatrechtliche Anknüpfung.....	83
1. Ausgangslage für den Richter	83
2. Die Anknüpfung	83
C. Beurteilung nach Schweizerischem Internationalem Privatrecht.....	84
1. Zuständigkeit.....	84
2. Anwendbares Recht	84
a. Fragestellung	84
b. Geltungsbereich des Erbstatuts.....	85
c. Anwendbarkeit des Erbstatuts auf den Ausschluss der Inhaber der elterlichen Sorge gemäss Art. 322 Abs. 1 ZGB und auf die Ernennung von Drittpersonen gemäss Art. 322 Abs. 2 ZGB	86
d. Rolle des Minderjährigenschutzabkommens (MSA).....	87
D. Schluss	88
§ 6 Anfechtung von Ausschluss und Ernennung.....	89
A. Möglichkeiten des Anfechtungswilligen	89
B. Anfechtung	90
1. Anfechtungsgegenstand und Anfechtungsgrund	90
2. Zuständige Instanz	91
3. Aktiv- und Passivlegitimation	92
4. Eröffnung und Anfechtungsfrist.....	93
§ 7 Der ernannte Dritte	95
A. Anforderungen an den Dritten.....	95
1. Person des Dritten	95
2. Allgemeine Eignung	96
3. Besondere Eignung	97
4. Wohn- oder Geschäftssitz in der Schweiz als Voraussetzung für eine gültige Ernennung?.....	99
5. Kein Rechtsmissbrauch	102
6. Konsequenz.....	102

B. Ernennung besonderer Personen	103
1. Willensvollstrecker	103
2. Erben und Vermächtnisnehmer	104
3. Inhaber der elterlichen Sorge	105
4. Mitglieder von Behörden	106
C. Personenmehrheit	107
D. Ersatzverwalter	109
§ 8 Rechtliche Qualifikation des Amtes des Verwalters gemäss	
Art. 321/322 ZGB	111
A. Vergleich mit der rechtlichen Einordnung des	
Willensvollstreckers	111
1. Ähnlichkeit und (teilweise) Vergleichbarkeit	111
2. Einordnung des Willensvollstreckers	112
B. Die Rechtsnatur der Drittverwaltung gemäss Art. 321/322	
ZGB	113
1. Der ernannte Dritte als Beauftragter (Auftragsverhältnis nach Art. 394	
ff. OR)	113
2. Der ernannte Dritte als gewillkürter Vertreter	114
a. Die Verwaltung von Kindsvermögen als Vertretungsverhältnis -	
Übersicht	114
b. Einzelne Vertretungsverhältnisse	116
aa. Vertreter der Inhaber der elterlichen Sorge	116
bb. Vertreter des Minderjährigen	116
cc. Vertreter des Kindsvermögens	117
3. Der ernannte Dritte als gesetzlicher Vertreter	117
4. Der ernannte Dritte als Treuhänder	119
5. Weitere Theorien	120
6. Abgrenzungen	121
a. Vermögensverwalter	121
b. Willensvollstrecker	121
c. Vermögensbeistand	122
d. Öffentliches Amt	123
e. Inhaber der elterlichen Sorge	124
C. Zusammenfassung	124
§ 9 Ernennung einer Mehrheit von Personen (Board)	127
A. Grundsätzliches	127
B. Gründe mehrere Personen zu wählen	127
C. Beschlussfassung	128

1. Vorschriften des Erblassers	128
2. Fehlende Vorschriften des Erblassers	129
3. Zusammenfassung	132
D. Geschäftsordnung	133
1. Gründe für das Aufstellen einer Geschäftsordnung	133
2. Möglicher Inhalt einer Geschäftsordnung	134
E. Ausfall von Mitgliedern des Board	137
1. Interessenkonflikt	137
2. Abwesenheit eines Mitglieds an einer Sitzung	137
3. Ausschluss eines Mitglieds durch das Board	138
4. Nichteinladung von Mitgliedern/Abhalten von Sitzungen an einem anderen Ort	138
5. Rücktritt eines Mitglieds	140
F. Verhältnis der Board-Mitglieder untereinander	141
§ 10 Aufgaben, Rechte und Pflichten des ernannten Dritten	143
A. Übernahme des Kindsvermögens	143
1. Zeitpunkt der Übernahme	143
2. Erstellen eines Übernahmeinventars	143
B. Rechnungslegungspflicht gegenüber der Vormundschaftsbehörde: Erstellen von Zwischenabrechnungen und Zwischeninventaren	145
C. Eigentum und Besitz	146
1. Kein Eigentum am Kindsvermögen	146
2. Uneingeschränkter Besitz am Kindsvermögen	147
D. Handlungsbefugnisse des ernannten Dritten	148
1. Verfügungsmacht	148
2. Vertretungsmacht	149
3. Vertretung im Prozess	150
a. Bewilligung der Vormundschaftsbehörde	150
b. Umfang der Vertretung	152
c. Legitimation	152
d. Legitimation bei einem Board	153
E. Zahlungsverpflichtungen	153
1. Zahlungen an Erziehung, Ausbildung und Unterhalt	153
2. Zahlungen für Bedürfnisse des Haushalts	154
3. Weitergehende Unterstützungspflichten	154
4. Gewährung von Krediten	155
a. An die Inhaber der elterlichen Sorge	155
b. An Dritte	156

c. An sich selbst	156
5. Anpassung der Beträge	157
F. Verwaltung des Kindsvermögens	157
G. Auskunftsrecht	158
1. Gegenüber dem Willensvollstrecker	158
2. Gegenüber Banken und anderen Verwaltern	158
3. Gegenüber den Inhabern der elterlichen Sorge	158
H. Auskunftspflicht	159
1. Pflicht zur Auskunft	159
2. Umfang der Auskunftspflicht	161
I. Mitspracherechte	161
K. Mitwirkungspflichten im Zusammenhang mit der Bezahlung von Steuern	162
1. Direkte Bundessteuern	162
2. Kantonale Steuern	163
L. Einführen des Minderjährigen in die Verwaltung	164
1. Pflicht und Umfang	164
2. Gesetzliche Grundlage	165
3. Vorgängige Übertragung von Teilen des Vermögens zu „Übungszwecken“	166
§ 11 Ansprüche des Verwalters	167
A. Honorar	167
1. Grundlage für den Honoraranspruch	167
2. Höhe des Honorars	168
a. Anspruch auf ein Honorar	168
b. Honorar durch Erblasser nicht festgelegt	168
c. Honorar durch den Erblasser festgelegt	169
3. Ausnahme: Unentgeltliche Verwaltung	170
4. Auszahlung von Honoraransprüchen	171
B. Ersatz von Spesen und weiteren Auslagen	171
1. Ersatz von Spesen	171
2. Ersatz weiterer Auslagen	172
3. Erbringen mandatsfremder Leistungen durch den Verwalter	172
§ 12 Grundsätze für die Verwaltung des Kindsvermögens	173
A. Problemstellung	173
1. Wahrung fremder Interessen	173
2. Weitere offene Fragen	173
3. Grundgedanke	174

B. Grundlagen für die auf die Verwaltung anwendbaren Regeln	174
C. Grundsätze für die Verwaltung von Kindsvermögen	176
1. Generelle Grundsätze.....	176
2. Konkrete Grundsätze	178
D. Grundsätze für die Verwaltung von Mündelvermögen (Art. 399 - 404 ZGB)	183
1. Grundsätze des Bundesrechts.....	183
2. Grundsätze der Verwaltung, welche sich aus Gesetz, Lehre und Rechtsprechung ergeben	183
3. Grundsatz des Zinsertrages.....	184
4. Grundsatz der Mündelsicherheit.....	185
a. Begriff der Mündelsicherheit.....	185
b. Kritik	185
c. Formeller und materieller Begriff der Mündelsicherheit	186
d. Anwendung der Grundsätze, welche für die Anlage von Pensionskassengeldern entwickelt wurden (BVV 2).....	186
e. Empfehlung der Konferenz der kantonalen Vormundschaftsbehörden	187
5. Vorschriften des kantonalen Rechts	189
a. Quellen der kantonalen Vorschriften.....	189
b. Beispiel: Die Regelungen des Kantons Graubünden	189
E. Zusammenfassung	191
§ 13 Ende der Verwaltung.....	193
A. Beendigung des Mandates	193
1. Ordentliche Beendigung durch Mündigkeit.....	193
2. Beendigungsgründe seitens des Verwalters	193
3. Beendigungsgründe seitens des Kindes	194
4. Beendigungsgründe seitens der Inhaber der elterlichen Sorge	195
5. Absetzung des Verwalters im Rahmen einer Kinderschutzmassnahme (Art. 324 f. ZGB).....	196
a. Voraussetzung für die Absetzung	196
b. Absetzungsgründe.....	196
c. Form der Absetzung.....	197
d. Folgen der Absetzung	198
e. Absetzung bei mehreren Verwaltern	199
B. Übergabe des Kindsvermögens	200
C. Schlussabrechnung, Übergabeinventar und Schlussbericht	201
D. Verantwortlichkeit des ernannten Dritten.....	203
1. Art der Haftung.....	203

2. Zivilrechtliche Haftungsgrundlage	203
3. Haftungsmassstab	204
a. Die Inhaber der elterlichen Sorge	204
b. Der ernannte Verwalter gemäss Art. 321/322 ZGB.....	205
4. Haftung bei mehreren Verwaltern (Board)	206
5. Strategien zur Vermeidung einer möglichen Haftung des Verwalters	206
a. Konsultation der beteiligten Personen	206
b. Zustimmung der zuständigen Vormundschaftsbehörde.....	207
c. Gutachten.....	207
d. Ernennen von (professionellen) Vermögensverwaltern.....	208
e. Versicherung	208
§ 14 Zusammenfassung.....	211
A. Ausschluss und Ernennung	211
B. Aufgaben, Rechte und Pflichten des ernannten Dritten	212
C. Grundsätze für die Verwaltung	213
D. Ende der Verwaltung	214
E. Problemfelder	214